

BESCHLUSSPROTOKOLL

13. Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses - 6. Legislaturperiode des Freistaats Thüringen am 5. März 2018

Teilnehmer: lt. Anwesenheitsliste
Beginn: 10:00 Uhr
Ende: 15:30 Uhr

01 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.
Die Beschlussfähigkeit wurde festgestellt. Es wurde frist- und formgerecht eingeladen.

02 Bestätigung der Tagesordnung

Der Vorsitzende teilte mit:

- eine aktualisierte Tagesordnung wurde den Mitgliedern vorab durch die Verwaltung zugeleitet
- die Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen
- TOP 13 und 15.3 werden auf die Sitzung im Juni 2018 vertagt
- Stiftung EJBW, Stiftung Hand in Hand und Landesseniorenrat haben nicht getagt.

Herr Johansson hat einen umfangreichen Fragenkatalog zum BTHG/Teilhabepan/ITP eingereicht. In Abstimmung mit der Verwaltung wird das Thema „BTHG“ als eigener TOP in der Juni-Sitzung aufgerufen, da hier auch das TMSGFF betroffen ist. In diesem Rahmen sollen auch die Fragen beantwortet werden.

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Minister Holter und verweist darauf, dass die TOP 09 Zukunft Schule und 07.13 zusammen aufgerufen und nach TOP 4 behandelt werden.

Der TOP 10 – Integrationskonzept – wird ebenfalls vorgezogen und nach TOP 09 behandelt.

03 Genehmigung des Protokolls der 12. Sitzung vom 11. Dezember 2017

03.1 Genehmigung des Protokolls

Es liegen keine Einsprüche vor, damit ist das Protokoll der letzten Sitzung bestätigt.

Hinweis der Verwaltung: Bei TOP 3 des Protokolls vom 11. Dezember 2017 ist ein Fehler unterlaufen. Hier muss es richtig heißen „Genehmigung des Protokolls der **11.** Sitzung vom 25. September 2017“.

Herr Krauße bittet, seine Fragen zu den Elternbeiträgen und Gebühren auf Grund des neuen ThürKitaG schriftlich zu beantworten, da er in der letzten Sitzung nicht anwesend war.

Frau Kascholke: die Antwort wird schriftlich zugeleitet; die noch offene Fragestellung zur Verzinsung von Zuwendungen für die schulbezogene Jugendsozialarbeit wird ebenfalls schriftlich beantwortet und dem Protokoll beigelegt.

Herr St. Richter: Antworten sollen zum Protokoll gegeben werden, so dass alle Mitglieder des LJHA die Antworten erhalten.

03.2 Fortlaufende Beschlusskontrolle

Herr S. Richter: Hinweis, dass Beschluss 87/17 – AG Fachkräftegewinnung – in der Tabellenübersicht fehlt.

Frau Kascholke: Arbeitsstand zum Beschluss wird nach heutiger Diskussion ergänzt.

Herr Weise: Ziel ist, die AG im II. Quartal 2018 einzuberufen, da das Thema derzeit noch auf verschiedenen Ebenen diskutiert wird und die Arbeitskapazitäten der Verwaltung derzeit begrenzt sind.

Herr Johansson: Beschlüsse 120/14; 22/15; 41/16; 83/17 Strategiepapier zu besonderen Angebotsformen/spezialisierte Einrichtungen → Nachfrage zum Status der AG, zum Strategiepapier und zur Beteiligung der freien Träger.

Frau Gehrhardt: Zwischenbericht für den LJHA für September 2018 vorgesehen; bislang fanden zwei Sitzungen statt; freie Träger werden sequenzartig – je nach Schnittstellenbereich (u. a. Schule, Psychiatrie) – beteiligt → es sind noch ca. drei Sitzungen vorgesehen.

Frau Tragboth hält eine grundsätzliche Beteiligung der freien Träger für erforderlich, da dies relevant für die Jugendhilfeplanung sei → grundsätzliche Beteiligung der freien Träger erwünscht, da die freien Träger die Angebote umsetzen müssen.

Frau Gehrhardt: war Wunsch der Jugendamtsleiter, das Thema zunächst im kleinen Kreis zu diskutieren; Thematik insgesamt und Wunsch der freien Träger wird in der nächsten Jugendamtsleitertagung im Mai 2018 besprochen → danach Information in der Sitzung im Juni 2018 an den LJHA.

04 Information durch den Vorsitzenden des Landesjugendhilfeausschusses

Information über Ab- und Neuberufungen:

stimmberechtigte Mitglieder:

neu: Gregor Gallner (DGB-Jugend)

neu: Manuela Kokschi (LIGA – Caritasverband)

neu: Helmut Kreuter (LAG Hilfen zur Erziehung)

beratende Mitglieder:

neu: Michael Richter – Elternsprecher Kindertageseinrichtungen

neu: Daniela Just (stellvertretende Elternsprecherin - Kindertageseinrichtungen)

Aufträge an den Vorsitzenden:

- Pauschalen bei Vollzeitpflege – Anfrage an die Fraktionsvorsitzenden
Beim kommunalen Finanzausgleich wurde im Doppelhaushalt 2018/2019 keine entsprechende Erhöhung vorgenommen → notwendige Erhöhung soll im nächsten (Doppel-)Haushalt berücksichtigt werden.
- Angespannte Personalsituation Aufsicht HzE und Kita
Anschreiben an das TFM → Antwort liegt vor → Entscheidungskompetenz über Stellenbesetzungen und Stellenzuordnungen liegt im Bereich TMBJS (Einzelhaushalt 04) → soweit eine Entscheidung TFM erforderlich werden sollte, wird wohlwollende Prüfung zugesichert.
Zur Thematik ist auch eine Verständigung mit Herrn Minister Holter erfolgt.
- Förderrichtlinie Landesprogramm Solidarisches Zusammenleben (LSZ) -
Stellungnahme des Vorsitzenden zum Vorverfahren in der Projektgruppe;
Trennlinie Jugendhilfe und Förderprogramm muss geschärft werden;
FRL wird unter Berücksichtigung dieser Rückmeldungen überarbeitet;
bis Juni 2018 soll das übliche und formale Beteiligungsverfahren erfolgen.

Kultur des Miteinanders

Mitwirkung der Kommunen in AG

Legitimation/Auftrag der kommunalen Vertreterinnen und Vertreter: dient dem fachlichen Einbringen kommunaler Positionen, Erfahrungen und Fachexpertise aus dem eigenen Bereich in der *Erarbeitungsphase*; mögliche Komplikationen und offene Punkte sollen früh identifiziert werden; AG-Leiter sollten dies auch deutlich ansprechen und spiegeln und ggf. frühzeitig an das jeweilige Fachreferat rückkoppeln.

Bindungskraft der Ergebnisse aus den AG für die Position der Kommunalen Spitzenverbände: in der *Anhörungsphase* haben die kommunalen Spitzenverbände eine andere Rolle und vertreten eine andere – hier (fach-)politische – Ebene → Abwägung erfolgt im Kommunalen Spitzenverband; zum Teil müssen im Rahmen der Anhörung sogar die Präsidien der Spitzenverbände beteiligt werden.

Anfragen an Ministerien und Verwaltung LJA

Dazu gibt es in der Geschäftsordnung keine Regelung. Es ist auch keine Änderung beabsichtigt.

Fragen, die am Tag der Sitzung eingebracht und nicht beantwortet werden können → Verweis auf mögliche schriftliche Beantwortung im Protokoll

Schriftlich eingereichte Anfragen → hier muss – je nach Umfang – ein vertretbarer Zeitraum eingeplant werden; zum Teil ist selbst eine Woche dafür zu kurz; ggf. muss dann auf das Protokoll oder die nächste Sitzung verwiesen werden, da auch belastbare Angaben und rechtlich fundierte Antworten gegeben werden sollen.

Protokoll

Es wird grundsätzlich kein Wortprotokoll, sondern ein Beschlussprotokoll erstellt.

Kompromiss: *Schriftliche Anfragen* → werden grundsätzlich schriftlich beantwortet

Mündliche Anfragen → wenn Antwort im Protokoll ausgewiesen werden soll, muss dies in der Sitzung ausdrücklich verlangt werden.

Fragensteller in der Sitzung nicht anwesend → Antwort wird schriftlich zugeleitet.

→ Fragestellungen sollen im Wortlaut oder mit Hinweis auf Quelle in der TO abgedruckt werden.

05 Kurzberichte aus der Gremienarbeit

05.1 Landesschulbeirat

Die schriftlich vorgelegten Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

06 Berichte aus den Arbeitsgruppen

06.1 Protokoll der Strategiegruppe wurde zur Kenntnis genommen.

Nachfragen:

Herr Johansson: TOP 5: Landesweite Datenbanklösung: Zu welchem Zeitpunkt sollen die freien Träger einbezogen werden?

Frau Gehrhardt: hierzu sind keine näheren Auskünfte seitens des Fachreferats möglich; Zuständigkeit und Entscheidung liegt beim TFM; Bedarf des LJA soll mit erfasst werden, da die bisher verwendete Datenbank (HDVS) veraltet ist und kein entsprechender Support mehr möglich ist; auf kommunaler Ebene waren unseres Wissens einige Landkreise und kreisfreien Städte (z. B. Gera, Nordhausen) in der Regel auf Ebene der (Finanz)dezernenten beteiligt; zu einem späteren Zeitpunkt müssen aus unserer Sicht auch die freien Träger eingebunden werden.

Um weitere Hintergründe und Details zu erfahren, soll ein Vertreter des TFM zur Sitzung im Juni 2018 eingeladen werden.

06.2 Arbeitsstand in den Arbeitsgruppen

Die schriftlich vorgelegten Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

07 Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

07.1 Aktuelle Informationen

07.1.1 Information der obersten Landesjugendbehörde zu aktuellen Entwicklungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe

- Information zur Stellensituation im LJA (durch Herrn Minister unter TOP 09 gegeben) für Referat 43: insgesamt 3 unbefristete Stellen, 1 Stelle bereits in eine Festanstellung umgewandelt, 1 weitere Stelle wird im März 2018 in eine feste Stelle umgewandelt, 1 weitere unbefristete SB-Stelle soll in 2018 noch folgen
für Referat 44: hier wird ebenfalls an Lösungen gearbeitet, aus den Abordnungen sollen Versetzungen ins TMBJS werden; die Umsetzung ist in Vorbereitung
- Fonds Frühe Hilfen: wurde durch den Bund dauerhaft etabliert und steht für die kommunalen Maßnahmen in bisheriger Höhe zur Verfügung; Mittel können durch das Landesprogramm Kinderschutz ergänzt werden
- UN-Kinderrechtskonvention: Bund und Länder erstellen derzeit den Staatenbericht zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention; das TMBJS ist für den Landesbericht aus TH federführend und koordinierend zuständig
- Eigenständige Jugendpolitik: Verweis auf LT-Beschluss, die Umsetzung ist finanziell im Doppelhaushalt 2018/2019 vorgesehen, Bericht zur Lebenssituation junger Menschen soll voraussichtlich im III. Quartal 2018 vorgelegt werden → es werden ressort-

übergreifende Maßnahmen erarbeitet, die bis Ende II. Quartal 2018 dem Kabinett vorgelegt werden sollen.

- Landesstrategie Mitbestimmung: die Erarbeitung läuft wie geplant
- ThürKitaG: Nach der Verabschiedung des ThürKitaG im Dezember 2017 stehen noch drei Verordnungen aus → Finanzierungsverordnung geht in die rechtsförmliche Prüfung, zwei weitere VO (u. a. zu Gruppengrößen, Qualität der Fachberatung, Mitwirkungsrechten und räumliche Ausstattung sowie zur Kindertagespflege sind in Arbeit); der LJHA wird entsprechend wie üblich, beteiligt werden → mit der LIGA ist das TMBJS partnerschaftlich dazu im Gespräch; derzeit gehen sehr viele Anfragen zur Auslegung ThürKitaG in Fachreferat ein → die Fragen werden alle möglichst zügig beantwortet → FAQ auf der Homepage informieren zu Umsetzungsfragen; weiteres Infomaterial unterstützt die Eltern
- Doppelhaushalt 2018/2019: ist verabschiedet und veröffentlicht
- Fachstelle im medizinischen Kinderschutz: wird am HELIOS-Klinikum errichtet und hat überregionale Aufgaben; für die Einzelfälle der Jugendämter und Ärzte erfolgt keine Einschränkung der Tätigkeit der TAKS in Jena → die Leiterin, Frau Prof. Eckholdt, hat dies nach irritierenden Presseberichten auch in einem Schreiben klargestellt.
- Konstituierung AG Monitoring-Gruppe „Häusliche Gewalt“: Bei der Gleichstellungsauftragten (TMASGFF) wurde die Monitoring-Gruppe unter Leitung von Herrn Tempel neu konstituiert → ein Themenschwerpunkt wird u. a. von häuslicher Gewalt betroffene Kinder sein; zudem soll der Maßnahmeplan gegen häusliche Gewalt fortgeschrieben werden
- Referat Kita: die Referatsleitung ist inzwischen kommissarisch mit Frau Dr. Nehrig besetzt, Fr. Zeidler nimmt kommissarisch die Stellvertretung wahr.
- EU-Datenschutzgrundverordnung: EU-DS-GVO wird ab 25. Mai 2018 unmittelbar geltendes Recht → umfangreiche Neuregelungen mit umfangreichen Verpflichtungen gibt es auch für Vereine; 99 Artikel → Regelungen sehr abstrakt und nicht selbsterklärend → ergänzend Neuregelung des BDSG auch zum 25. Mai 2018 sowie des SGB I und SGB X und das Thüringer Datenschutzanpassungsgesetz (Artikelgesetz); an Verstöße sind erhebliche Konsequenzen (Strafzahlungen) geknüpft.

Bedeutung für Vereine lässt sich im Detail nicht für jeden Einzelfall beantworten → TLfD bietet Info-/Fortbildungsveranstaltungen an → Verwaltung erfragt bei den Mitgliedern Bedarfe, auch zu konkreten Fragen → Verwaltung wird eine entsprechende Informationsveranstaltung dazu organisieren → Abfragen durch die Verwaltung beim LJHA

Frau Schilling: Die Formblätter des TMBJS sollen unter den Aspekten auf den Prüfstand gestellt werden → Stichwort Datensparsamkeit

Frau Graf: Hinweis auf Info-Materialien → Hinweise auf Links:

https://www.tlfdi.de/mam/tlfdi/gesetze/dsk_kpnr_12_datenschutzbeauftragter.pdf

www.lfd.niedersachsen.de/themen/vereine/datenschutz-im-verein-56043.html

https://www.lfdi.nrw.de/mainmenu_Datenschutz/submenu_Datenschutzbeauftragte/Inhalt/Datenschutzbeauftragte_nach_der_DS-GVO_und_der_JL-

- Reisevertragsrecht:
Reisevertragsrichtlinie tritt zum 1. Juli 2018 neu in Kraft; Hintergrund ist der Schutz des Verbrauchers; derzeit wird auf Bundesebene geprüft, inwiefern die Kinder- und Jugendhilfe betroffen ist, da in § 651a BGB Ausnahmen zugelassen sind → es bestehen umfangreiche Informationspflichten; die Verwaltung wird eine Informationsveranstaltung anbieten.

Frau Tragboth: In wie weit sind Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen betroffen, die Freizeiten im Rahmen von HzE-Settings anbieten?

Frau Karger: Das kann im Einzelfall hier nicht pauschal beantwortet werden. Es handelt sich hier um Reiserecht und nicht um Kinder- und Jugendhilferecht; Bundesverbände beschäftigen sich eingehend mit der Problematik.

ACHTUNG: Rein vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass es auf Grund der komplexen Regelung keine Rechtsberatung durch die Verwaltung geben kann.

07.1.2 Information der Verwaltung Landesjugendamt (obere Landesjugendbehörde)

Eigenständige Jugendpolitik

Frau Lorenz berichtet zur Entwicklung eines Modellprojekts in der Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit unter Einbeziehung der kommunalen Ebene → im März/April 2018 soll die Ausschreibung erfolgen → wird zur Info an LJHA gegeben → Projekt in 5 bis 6 Kommunen stattfinden → dort sollen wiederum 4 bis 5 Projekte teilnehmen, die Teams vor Ort bilden → Projekt soll in Anlehnung an ein ähnliches Vorhaben in Rheinland-Pfalz mit der Ernst-Abbe-Hochschule Jena (Prof. Lindner) umgesetzt werden → zur Begleitung wird ein Beirat gebildet, in dem auch der LJHA vertreten sein soll → es kann auf kommunaler Ebene darüber informiert werden; entsprechende Informationen kommen noch schriftlich; Wünsche und Hinweise sollen direkt an Frau Lorenz erfolgen.

Anerkennung freier Träger

Frau Kascholke: Inzwischen konnte nach mehreren Versuchen die AG zur Anerkennung freier Träger einen Termin finden: 7. März 2018 → Beschlussfassungen zur Anerkennung dann erst im Juni 2018 möglich.

07.1.3 Information zu aktuellen Entwicklungen im Bereich Schule und Jugendhilfe

TOP wird zusammen mit TOP 09 aufgerufen. Dazu berichtet Herr Minister Holter.

07.2 Umsetzungsstand Beschlüsse LJHA

Ohne Nachfragen zur Kenntnis genommen.

07.3 Anfragen an das LJA/TMBJS

Herr Krauß: Können die Landkreise und kreisfreien Städte bereits die Mittel für das Jahr 2019 an die freien Träger für die Kindergartenfachberatung weiterleiten, wenn die Übertragung der Fachberatung bereits in den Vorjahren erfolgt ist oder müssen zwingend erst die Verordnungen zum neuen ThürKitaG vorliegen? Wie ist sichergestellt, dass Kommunen die Fachberatung finanziert bekommen?

Frau Zeidler: VO zur Finanzierung schon nahezu fertig. Die Antwort erfolgt schriftlich als Anlage zum Protokoll. **Anlage 1**

Hinweis der Verwaltung: die Antwort auf eine weitere Frage von Herrn Krauße zur Verzinsung von Zuwendungen bei der Schulsozialarbeit wird auch dem Protokoll beigefügt.

Anlage 1

08 Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie

08.1 Aktuelle Informationen

Es liegen keine aktuellen Informationen vor.

08.2 Umsetzungsstand Beschlüsse LJHA

Derzeit keine offenen Beschlüsse.

08.3 Anfragen an das TMASGFF

Es liegen derzeit keine Anfragen vor.

09 Zukunft Schule und weitere kinder- und jugendpolitische Themen

Herr Minister Holter berichtet

- über die Entscheidungen zur Personalsituation im Aufsichtsbereich des Landesjugendamtes (Details siehe unter TOP 07.1.1) → hierfür war die Verabschiedung des Landeshaushalts erforderlich, um entsprechende Voraussetzungen schaffen zu können.
- über die Debatte zur Erzieher/-innenausbildung in Landtag → Antrag der CDU-Fraktion (Drs. 6/5313 vom 14.02.2018) → dort wurde ein sehr umfangreicher Bericht mit relevanten Zahlen und Fakten sowie zur Ausbildung gegeben, die auch für die weitere Debatte im LJHA von Bedeutung sein können.

Herr Minister Holter stellt die Ergebnisse des Werkstattprozesses „Zukunft Schule“ und die Empfehlungen der Kommission vor.

Die Präsentation wird als Anlage zum Protokoll beigefügt.

**Anlage 2
(Nachsendung per Mail)**

Herr Minister Holter berichtet ebenfalls zu aktuellen kinder- und jugendpolitischen Themen.

Nachfragen → zur Qualifikation und Refinanzierung von Schulbegleitern → zur Digitalisierung → zum Zuschnitt von Schulamtsbezirken → zur Rolle der Schulaufsicht im Zusammenhang mit Qualitätssicherung/Qualitätsfeststellung sowie zur → Vergütung/Besoldung der Grundschullehrer wurden beantwortet.

Prof. Fischer: Problem der Fachkräftesicherung, des Fachkräfteerhalts und der Fachkräftebindung sowie die Gleichstellung von Abschlüssen bzw. der Umgang mit Quereinsteigern. Hierzu gibt es jedoch unterschiedliche Signale und Aussagen aus dem TMBJS.

Herr Minister Holter bittet Herrn Prof. Fischer sich zwecks einer Abstimmung bzw. eines Termins zur Klärung mit dem TMBJS in Verbindung zu setzen.

Frau Klemm: Wie und wann erfolgt die Einbindung der Jugendhilfe in den Prozess?

Herr Minister Holter sagt zu, dass in den fünf Regionalforen im Juni 2018 die Jugendhilfe eingebunden werden soll und dazu auch eine schriftliche Einladung erfolgen wird.

10 Thüringer Integrationskonzept – Umsetzung an relevanten Schnittstellen zur Kinder- und Jugendhilfe

Frau Kruppa stellt die die Struktur für die Kinder- und Jugendhilfe relevanten wesentlichen Schnittstellen im Konzept vor:

- Integrationskonzept wurde am 17. November 2017 vom Kabinett verabschiedet.
- im Januar 2018 erste Tagung interministerieller Arbeitsstab (IMAS) zur Umsetzung des Konzepts/der Maßnahmen; vierteljährliche Sitzungen vorgesehen
- freie Träger sind hier nicht benannt, da es ein Landeskonzept ist und daher für Landesregierung verpflichtend ist.

Herr Weidler: Bitte um Korrektur im Text: Angebote der Jugendverbände sind nicht wertfrei, sondern offen und wertorientiert oder wertgebunden; nach Diskussion → Einigung auf „wertplural“.

Frau Kruppa sagt Prüfung der Übernahme der Formulierung zu.

Das Integrationskonzept und weitere Informationen dazu unter folgenden Links:

<https://www.thueringen.de/th10/ab/integk/index.aspx>

<https://www.thueringen.de/mam/th10/ab/integrationkonzept/eckpunktepapier.pdf>

Herr Schenker: Anfrage zu Klärung der Wirksamkeit des Konzeptes (Controllingsystem); Hinweis auf einen Brief einer Schulleiterin aus Jena, die auf kritische Situationen bei der Beschulung hinweist.

Frau Schultz verweist bei der Problematik einer altersgerechten Aufnahme auf die Möglichkeiten von Einzelfallprüfungen und Einzelfalllösungen, insbesondere bezogen auf Sprache – und Fach- und Vorkenntnisse anhand der Situation des Schülers und der Schule (u. a. Möglichkeit einer Rückstufung, Beschulung in Praxisklassen, Schulartwechsel ins BVJ, BVJ-S und Anwendung von § 19 Abs. 2 ThürSchulG).

Herr Schenker spricht vor dem Hintergrund der aktuellen Situation in Jena eine Einladung an Frau Kruppa und Frau Schultz aus.

Weitere Diskussion zu einzelnen Punkten der Kinder- und Jugendhilfe aus dem Integrationskonzept - insbesondere zur Anwendung von Hilfen für junge Volljährige gem. § 41 SGB VIII → Bewilligungspraxis der Kommunen.

Herr Weise: Abzeichnung einer grundsätzlichen Fragestellung – nicht nur auf UMA bezogen; es muss grundsätzlich geklärt werden, wie der weitere Diskussionsbedarf aufgegriffen werden kann.

11 Junge Flüchtlinge in Thüringen

Die AG UMA hat letztmals am 26. Januar 2018 getagt.

Frau Schultz: Bericht zur Beschulung und Beschulungsangeboten

Aktuelle Entwicklung in Daten und Zahlen im schulischen Bereich:

- grundsätzlich Zuwachs von 2.000 Schülern im Vergleich zum Vorjahr
- 6,8 % sind Schüler mit Migrationshintergrund (MGH) → davon 10 % in den Grundschulen
- insgesamt 16.465 Schüler mit MHG → 12.296 in allgemein bildende Schulen → 3.969 an berufsbildende Schulen → davon 1.094 im BVJ/BVJS
- 5.177 Schüler sind 16 Jahre und älter → davon 1/3 mit MHG → 1.285 allgemein bildende Schulen → 3.892 berufsbildende Schulen

„Start Bildung“ als neues Landesvorhaben

- für die Zielgruppe, die nicht sofort in das bestehende Bildungssystem einsteigen kann
- Vermittlung von sprachlichen und allgemeinen Grundkenntnissen
- werden von Trägern der Erwachsenenbildung angeboten
- Pilotphase: 3 bis 4 Kurse → hohe Nachfrage → 7 einjährige Kurse in Koordination des VHS-Verbandes → insgesamt 98 TN → 84 % der TN sind männlich → Alter der TN: 43 % - 18 bis 21 Jahre; 34 % - 22 bis 27 Jahre
- Ausschreibung für nächstes Jahr ist erfolgt → 15 Kurse geplant → Einstieg im Februar und September geplant
- direkter Einstieg ins reguläre Bildungssystem soll möglich sein → Konzept der Träger muss auch den Überbrückungszeitraum von Februar bis September abdecken

Vorstellung/Diskussion von drei praxisrelevanten Fallgruppen:

- abgeschlossener Schulbesuch
- längerer Schulbesuch, jedoch ohne Abschluss bzw. Fälle, die noch in der Anerkennung sind
- geringe Schulbildung oder weniger als sechs Jahre

Modellvorhaben:

- Einrichten eines Vorkurses an den beiden Kollegs Weimar und Ilmenau

Zielstellung/Schwerpunkt:

- Stärkung von weiteren und höheren Abschlüssen

Frau Gehrhardt: Vorstellung der aktuellen Zahlen und Entwicklungen

Anlage 3

Herr Töpfer: berichtet aus der Arbeitsgruppe und erwähnt das gute Arbeitsklima, die wesentlichen Hauptpunkte (z. B. Schnittstellen, Übergangmanagement) sind bearbeitet worden; das Integrationskonzept beginnt zu wirken. → Hinweis auf FAQ: Ergänzung zu den Hilfen für junge Volljährige ist erfolgt; hier sind die Themen Familiennachzug und Altersfeststellung noch aufzunehmen.

Herr Weise: Nachfragen zur Auslegung der Schulpflicht mit Beendigung des 18. Lebensjahrs und zum Stand Recht auf Bildung von Jugendlichen bis 27 Jahre.

Herr Töpfer: Fragen/Forderungen werden in der AG noch thematisiert.

Frau Kruppa: das Positionspapier gem. LJHA-Beschluss 77/17 ist noch nicht vollständig umgesetzt; das Thema Schulpflicht bis 18 gehört in die nächste Diskussion für das Schulgesetz.

12 Besondere Vorkommnisse in Kindertageseinrichtungen

Frau Zeidler berichtet und geht auf verschiedene Nachfragen ein. Insbesondere die Kategorie „Inobhutnahme“ im Rahmen der Meldung durch die Kita wurde intensiv diskutiert. Zudem hat sich zu verschiedenen anderen Punkten noch Diskussionsbedarf abgezeichnet.

Verschiedene Angaben aus der Präsentation sollen von den Mitgliedern vertraulich behandelt werden.

Herr Weise schlägt vor, den TOP auf die nächste Sitzung im Juni 2018 zu vertagen. Im Vorfeld ist dann zu klären, welche Informationen ggf. in einem nicht öffentlichen Teil der Sitzung vorgestellt werden.

Zudem soll die Thematik auch in der nächsten Jugendamtsleitertagung aufgerufen werden und es soll in einer der nächsten Beratung mit LIGA-Vertretern thematisiert werden.

13 Umsetzung Landesjugendförderplan 2017-2020

TOP wurde auf die Sitzung im Juni 2018 vertagt.

14 AZUBI-Ticket

Frau Thienel – TMIL:

- Landesregierung strebt Einführung an; Umsetzung ist wegen getrennter Aufgabenträgerschaft für ÖPNV schwierig; das ist Land zuständig für Schienenpersonennahverkehr, Kommunen sind zuständig für Nahverkehr über Land (z. B. Busse)
- derzeit keine Unterscheidung zwischen Schülern und Azubi → daher keine verlässlichen Datengrundlagen für eine Kalkulation (ca. 235.000 Schüler und 50.000 Azubis) → es ist nicht genau bekannt, wie viele Schüler/Azubis mit welchen Verkehrsmitteln fahren → zudem kein einheitlicher Tarifverbund in Thüringen; nur auf Basis Freiwilligkeit umsetzbar, wenn alle Verbände sich beteiligen würden
- derzeit Erarbeitung einer Förderrichtlinie; → EU-Beihilferecht steht derzeit auch noch im Wege
- einheitliches Ticket im Schienenpersonennahverkehr ist geplant, auch im Rahmen VMT. Darin Preisnachlass vorgesehen. Ticket soll gefördert werden
- keine Übertragbarkeit des Modells aus Hessen möglich, da hier viele Tarifverbände zustimmen müssen
- das Land kann nur den Schienenverkehr verpflichten und binden.

Frau Schilling äußert ihr Unverständnis über die verschiedenen Varianten, die noch nicht zu einem Ergebnis geführt haben.

Herr Bühl: Situation ist unbefriedigend, ggf. sollte man erst einmal mit dem Schienenverkehr beginnen.

Frau Thienel nimmt die Meinung des LJHA mit.

15 Beschlussfassung

15.1 Förderrichtlinie Fonds Frühe Hilfen

Beschluss-Reg-Nr.: 92/18

Einreicher: Vorsitzender

Der Landesjugendhilfeausschuss nimmt die Stellungnahme (Zustimmung) des Vorsitzenden zum Entwurf der Förderrichtlinie zur Umsetzung des Fonds Frühe Hilfen zur Kenntnis.

anwesend	ja	nein	Enthaltungen
13			

Zu Kenntnis genommen.

Nachfragen: Wurden beantwortet.

Herr Möller: Information zu der Mittelverteilung auf die Kommunen zur Kenntnis geben

Anlage 4

15.2 Förderrichtlinie Landesprogramm Kinderschutz

Beschluss-Reg-Nr.: 93/18

Einreicher: Vorsitzender

Der Landesjugendhilfeausschuss nimmt die Stellungnahme (Zustimmung) des Vorsitzenden zum Entwurf der Förderrichtlinie zur Umsetzung des Landesprogramms Kinderschutz zur Kenntnis.

anwesend	ja	nein	Enthaltungen
13			

Zur Kenntnis genommen.

Herr Möller: Information zu der Mittelverteilung auf die Kommunen zur Kenntnis geben

Anlage 5

15.3 Fachliche Empfehlungen für ambulante Erziehungshilfen gemäß § 27 SGB VIII in Verbindung mit § 29, 30, 31 SGB VIII

Beschluss-Reg-Nr.: 94/18

Einreicher Björn Johansson

BV kommt im Juni auf die TO

15.4 Fortschreibung der Fachlichen Empfehlungen für den Betrieb erlaubnispflichtiger Einrichtungen gemäß § 45 SGB VIII (außer Kindertageseinrichtungen)

Beschluss-Reg-Nr.: 95/18

Einreicher: Verwaltung

Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt:

- a) die Fortschreibung der Fachlichen Empfehlungen für den Betrieb erlaubnispflichtiger Einrichtungen gem. § 45 SGB VIII (außer Kindertageseinrichtungen) zum Punkt 8 „Fachkräfte“ gem. Anlage 1 sowie die Neugliederung des Abschnitts.

Die Fortschreibung bezieht sich im Wesentlichen auf

- die Ergänzung des Fachkräftegebots um den Abschluss „Staatlich anerkannte/r Heilerziehungspfleger/-in“
- die Anwendung eines Prüfmusters auf Grundlage der Fachkräfteexpertise der Universität Wuppertal in Verbindung mit dem Beschluss der BAGLJÄ „Fachkräftegebot in erlaubnispflichtigen teilstationären und stationären Einrichtungen der Erziehungshilfe
- die Klarstellung und Konkretisierung des Verfahrens bei Einzelfallanerkennung gem. § 23 Satz 2 ThürKJHAG
- das Verfahren bei der Zulassung von Studierenden.

b) die folgende Neugliederung des Abschnitts „Fachkräfte“

- 8. Fachkräfte
- 8.1. Fachliche und persönliche Eignung des Personals
 - 8.1.1 Erfüllung des Fachkräftegebotes (Erweiterung der anerkannten Abschlüsse)
 - 8.1.2 Anerkennung von Personen mit einem nicht eindeutig zuordenbaren Bachelor- oder Masterstudienabschluss im sozialwissenschaftlichen Bereich
 - 8.1.3 Zulassungen
 - 8.1.3.1 Zulassungen von Betreuungskräften
 - 8.1.3.2 Zulassungen von Studierenden
 - 8.1.4 Leitungskräfte
 - 8.1.5 Führungszeugnisse

Abstimmung:

anwesend	ja	nein	Enthaltungen
13			

Die Beschlussfassung wurde auf die Juni-Sitzung vertagt.

Zum Punkt 8.1.3.2 gab es Diskussionsbedarf. Ergänzende Klarstellungen sind erforderlich.

Nachfragen wurden beantwortet; Anregungen und Vorschläge zur Klarstellung insbesondere → zur Zulassung von Studierenden im letzten Trimester, → zur Einhaltung des Fachkräftegebots im Zusammenhang mit der Einstellung von Azubis, → zu einer Übergangslösung, → zu Pflichtpraktikanten werden von der Verwaltung nochmals geprüft und in das Papier aufgenommen.

Frau Sturmfels: Prüfergebnis zum Einsatz von Fachschülern → auch im Rahmen eines Praktikums dürfen Fachschüler nicht allein arbeiten und können somit auch nicht (teilweise) im Rahmen des Betreuungsschlüssels eingesetzt werden, → somit keine Entgeltrelevanz.

15.5 Qualitätsrahmen für insoweit erfahrende Fachkräfte – Einrichtung einer AG

Beschluss-Reg-Nr.: 96/18

Einreicher: Verwaltung

Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Qualitätsrahmens für den Einsatz der insoweit erfahrenen Fachkräfte unter Leitung der Verwaltung.

In der AG sind vertreten:

- zwei Vertreter/-innen aus den Jugendämtern der Landkreise und kreisfreien Städte (möglichst ASD-Leitungen)
- zwei Vertreter/-innen der LIGA der freien Wohlfahrtspflege
- ein/e Vertreter/-in der LAG Kinder- und Jugendschutz
- ein/e Vertreter/-in der Kinderschutzdienste
- eine insoweit erfahrene Fachkraft bzw. Koordinatorin für iseF
- ein/e Vertreter/-in des Dt. Kinderschutzbundes-LV Thüringen

Die Ergebnisse der AG werden dem LJHA voraussichtlich im Dezember 2018 vorgelegt.

Abstimmung:

anwesend	ja	nein	Enthaltungen
13	13	0	0

Einstimmig angenommen.

15.6 Fachkräftesicherung und Qualifizierung in der Kinder- und Jugendhilfe in Thüringen – Beschlussänderung 66/12

Beschluss-Reg-Nr.: 97/18

Einreicher: Verwaltung

1. Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt die Aufhebung der Ziffern 3 und 4 des Beschlusses 66/12. Damit entfällt die jährliche Berichterstattung durch die Verwaltung.
2. Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt Ziffer 3 wie folgt neu:

Das TMBJS berichtet einmal in der Legislatur unter dem Fokus Jugendhilfeplanung zur Thematik Fachkräftesicherung und Qualifizierung in der Jugendhilfe. Dabei werden anhand der Handlungsleitlinien des Positionspapiers „Fachkräftesicherung und Qualifizierung in der Kinder- und Jugendhilfe in Thüringen“ aktuelle Entwicklungen bei den freien und öffentlichen Trägern der Jugendhilfe aufgegriffen sowie die Ergebnisse der Arbeitsgruppe des LJHA zur Fachkräftegewinnung im Bereich Erzieherinnen/Erzieher (Beschluss-Reg.-Nr. 87/17) berücksichtigt.

Abstimmung:

anwesend	ja	nein	Enthaltungen
13			

Beschlussfassung wird zurückgestellt und das Thema in der nächsten Sitzung der Strategiegruppe aufgerufen.

Es gab eine ausführliche Diskussion, u. a. zur erforderlichen und verfügbaren Datenlage. Die Verwaltung verweist darauf, dass es hierzu einer sehr umfassenden Erhebung bei den Trägern und Verbänden bedarf, die einen hohen Aufwand mit sich bringt und im jährlichen Rhythmus kaum die erwünschte Erkenntnis und Folgenableitung gebracht hat.

Die Strategiegruppe soll in der Sache nochmals prüfen, auch unter dem Aspekt des parallel zu erstellenden Lebenslagenberichts (→ Beschluss zur eigenständigen Jugendpolitik).

Frau Kascholke informiert zum Abschluss nochmal über die **Thüringer Präventionstage** am 27./28. Juni 2018 auf dem Areal der Eisport- und Leichtathletikhalle.

Ende der Sitzung: 15:52 Uhr

Die nächste Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses findet am **4. Juni 2018** im Thüringer Landtag, Raum F 101, statt.

gez. Peter Weise
Vorsitzender

gez. Christine Kascholke
Protokoll